

1 **„Wir brauchen einen entschiedenen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik!“**

2
3 **Die Hamburger Erklärung der wirtschaftspolitischen Sprecher von CDU/CSU im**
4 **Bund und in den Ländern**

5
6 Der Wirtschaftsstandort Deutschland hat in den letzten Jahren deutlich an Substanz verloren. Die
7 Wirtschaft schrumpft. Der Industriestandort Deutschland leidet – die Rahmenbedingungen für
8 Investitionen werden fortlaufend schlechter. Der Netto-Abfluss an Investitionen aus Deutschland
9 in den letzten drei Jahren von zusammen über 310 Milliarden Euro ist ein nicht zu übersehendes
10 Alarmsignal; Arbeitsplätze und Wohlstand werden mit diesem Geld nun im Ausland geschaffen.
11 Ein Fünftel der deutschen Industriewertschöpfung ist mittelfristig gefährdet, prognostizieren
12 BCG, IW und BDI in einer aktuellen Studie. Wachstumspotenziale durch mehr Forschung und
13 Entwicklung werden nicht gehoben, die Gebote konsequenter Digitalisierung und Fokussierung
14 auf Ausbildung und Sicherung von Fach- und Arbeitskräften werden sträflich vernachlässigt. Die
15 Bundesregierung kommt trotz Rekordsteuereinnahmen mit dem Geld nicht aus, das sie hat. Sie
16 will immer mehr Geld vor allem für konsumtive Zwecke ausgeben. Insgesamt sind das
17 dramatische Aussichten für die deutsche Volkswirtschaft. Die Dauerkrise ist unter der von Olaf
18 Scholz geführten Bundesregierung zum Normalzustand geworden. Viele Menschen haben Angst
19 um ihre wirtschaftliche Sicherheit und die soziale Stabilität in Deutschland. Fördern und Fordern
20 ist Markenkern der Union. Dies muss mit Blick auf alle sozialen Leistungen berücksichtigt
21 werden. Staatliche Subventionierung von Nichtarbeit schadet unserem Wirtschaftsstandort.

22
23 Das Potential der deutschen Volkswirtschaft ist riesengroß, die Zukunftsperspektiven könnten –
24 so wie in den anderen wachsenden Volkswirtschaften – auch in Deutschland auf Wachstum und
25 Wohlstand gerichtet sein. Es wird höchste Zeit, den Turbo der deutschen Volkswirtschaft wieder
26 neu zu starten. Wir brauchen einen entschiedenen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Die
27 rasante Deindustrialisierung muss gestoppt werden. Steuern müssen sinken, Arbeit muss sich
28 wieder lohnen. Bürokratie muss konsequent wieder abgebaut werden. Zudem ist eine gesicherte
29 und günstige Energieversorgung unerlässlich, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu
30 gewährleisten. Kurzum: Wir brauchen wieder mehr Mut zur und Vertrauen in die
31 Marktwirtschaft.

32
33 **Für eine echte Unternehmensteuerreform**

34 Der Industriestandort Deutschland fällt strukturell zurück – bei zwei Dritteln der wichtigsten
35 Standortindikatoren liegt Deutschland hinter relevanten Wettbewerbern. Dabei hat gerade
36 Deutschland – mit seiner Industrie, seinem Mittelstand und den Millionen gut ausgebildeten
37 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – beste Voraussetzungen, auf den Wachstumspfad
38 zurückzukehren und der Bevölkerung Zuversicht und Kraft für die vor uns liegenden
39 Anstrengungen zu geben. Die Wachstumsperspektive der deutschen Industrie hängt maßgeblich
40 an Lösungen für eine wettbewerbsfähige Energieversorgung, Fachkräftesicherung und
41 Entbürokratisierung; klimaneutrales Wirtschaften, Automatisierung, Digitalisierung,
42 Künstlicher Intelligenz und Gesundheit beschreiben wichtige Aspekte dieses Weges. Mit

Erklärung wirtschaftspolitische Sprechertagung Hamburg

Beschlossen auf der wirtschaftspolitischen Sprechertagung am 13./14. Oktober 2024 in Hamburg

43 Lösungen für diese Kernbereiche stärken wir auch die bestehenden Branchen, an denen ein
44 großer Teil des Erfolgs unserer Volkswirtschaft hängt, von der Automobilindustrie über den
45 Maschinen- und Anlagenbau bis zur chemischen Industrie. Diese Lösungen sind auch wichtig für
46 den Mittelstand.

47

48 Für CDU/CSU ist klar: Erforderlich sind eine Bildungsoffensive mit Anreizen für Fort- und
49 Weiterbildung, eine gezielte Förderung von Schlüsseltechnologien, Bürokratieabbau und eine
50 echte Steuerreform. Die letzte Unternehmensteuerreform in Deutschland fand 2008 statt. Seither
51 ist die Belastung in Deutschland weiter gestiegen, während nahezu alle Wettbewerber ihre
52 Steuersätze gesenkt und steuerliche Regelungen vereinfacht haben. Wir brauchen jetzt eine
53 schrittweise Senkung des Unternehmensteuersatzes auf 25 Prozent und den Mut, ein neues
54 Unternehmensteuerrecht zu formulieren. Die Reformvorschläge der vom
55 Bundesfinanzministerium eingesetzten Expertengruppe liegen vor. Eine Steuerreform gibt
56 Anreize für Investitionen und für die Bindung der klügsten Köpfe und mutiger Investoren an
57 unser Land. Die Zeit dafür ist jetzt.

58

59 Hafenpolitik als nationale Aufgabe – deutsche See- und Binnenhäfen und 60 Bundeswasserstraßen fit für die Zukunft machen!

61 Deutschlands Wohlstand beruht mit einer Exportquote von etwa 50 Prozent auf seiner
62 außenhandelsorientierten Wirtschaft. Für eine reibungslose Anbindung an die internationalen
63 Märkte und Lieferketten, für eine resiliente Versorgung der deutschen Industrie mit Rohstoffen
64 und der Bevölkerung mit lebenswichtigen Produkten sind die deutschen Seehäfen
65 systemrelevant. Gleichzeitig stehen die Häfen vor enormen Herausforderungen, etwa im Hinblick
66 auf die Modernisierung der Hafeninfra- und -suprastruktur. Entsprechendes gilt für die
67 Binnenhäfen und das Netz von wichtigen Bundeswasserstraßen wie beispielsweise Rhein und
68 Elbe. Zwar profitieren alle Bundesländer von den Seehäfen – die deutschen Seehäfen versorgen
69 ganz Deutschland –, doch stemmen die Küstenländer die hohen Kosten für Investitionen und
70 Unterhaltungsmaßnahmen überwiegend allein. Der Hafenlastenausgleich des Bundes ist
71 bestenfalls als symbolisch zu bezeichnen. Obwohl Olaf Scholz als ehemaligem Ersten
72 Bürgermeister Hamburgs dieser Befund bekannt ist, gibt es seitens der Bundesregierung keine
73 aktive nationale Politik zur Unterstützung und strategischen Koordinierung der Hafenpolitiken
74 und -investitionen der Bundesländer. Daran ändert die verspätet vorgestellte Nationale
75 Hafenstrategie nichts.

76

77 Vor diesem Hintergrund fordern die wirtschaftspolitischen Sprecher, dass der Bund eine deutlich
78 aktivere Rolle in der Hafenspolitik übernimmt. Bis auf Weiteres soll der Bund 500 Mio. Euro pro
79 Jahr bereitstellen, um der nationalen Bedeutung der Hafeninfrastruktur der Seehäfen gerecht zu
80 werden, den hohen Investitionsstau in den Häfen abzubauen und neue Großinvestitionen
81 stemmen zu können. Beispiele sind der Neubau der Köhlbrandbrücke und A26-Ost, die
82 Westerweiterung des Waltershofer Hafens, die Erneuerung der Containerkaje und der Bau des
83 EnergyPorts in Bremerhaven, die Schienenanbindung des Hafens und Industriegebiets
84 Brunsbüttel und der Häfen Kiel, Lübeck und Wilhelmshaven sowie der Ausbau der Seehäfen in

Erklärung wirtschaftspolitische Sprechertagung Hamburg

Beschlossen auf der wirtschaftspolitischen Sprechertagung am 13./14. Oktober 2024 in Hamburg

85 Mecklenburg-Vorpommern. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Errichtung von Energie-
86 Terminals, um die deutsche Volkswirtschaft vor allem dauerhaft mit Energie, vorzugsweise
87 erneuerbarer Energie, versorgen zu können. Diese erfordert eine nationale Strategie, die an
88 Pragmatismus und Effizienz ausgerichtet ist. Die Binnenwasserstraßen müssen fortentwickelt
89 und den Klimaveränderungen angepasst werden; insbesondere die Abladeoptimierung im
90 Bereich des Mittelrheins muss endlich begonnen und die maßgeblichen Binnenhäfen entlang der
91 Wasserstraßen müssen auch als trimodale Standorte optimiert und bestehende Standorte besser
92 nutzbar gemacht werden.

93

Ein verlässliches Wasserstoffnetz für alle Teile Deutschlands

95 Das geplante Wasserstoff-Kernnetz bietet eine bedeutende Chance für die Zukunft Deutschlands
96 als führender Industriestandort. Wir brauchen in Deutschland ein verlässliches Wasserstoffnetz
97 und CCS/CCU, um die Klimaziele zu erreichen und klimaneutrale Produktion zu ermöglichen. Ein
98 zentrales Anliegen von CDU/CSU beim Aufbau eines Wasserstoff-Kernnetzes ist die
99 Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung, die es ermöglicht, dieses zukunftsweisende
100 Projekt effizient und zeitnah umzusetzen. Dabei ist es essenziell, dass das Netz nicht nur schnell
101 ausgebaut wird, sondern auch ganz Deutschland abdeckt, um flächendeckend wirtschaftliche
102 Impulse zu setzen und den Standort Deutschland nachhaltig zu stärken. Ebenso wie bei unserem
103 guten Autobahnnetz muss das Wasserstoffnetz höchsten Ansprüchen genügen: Es muss stabil
104 und zuverlässig sein, um Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten. Nur so
105 kann der Umstieg auf Wasserstoff als Schlüsseltechnologie gelingen und eine klimaneutrale
106 Zukunft vorangebracht werden.

107

Eine neue Gründungskultur für Deutschland

109 Deutschland kann bei der Entwicklung von Patenten und bei der Erforschung neuer Technologien
110 – vor allem aber bei der Umsetzung in marktreife Produkte – mehr. Insbesondere gilt es,
111 Wissenschaft und Wirtschaft stärker und niedrigschwelliger zu verknüpfen, auch um
112 Ausgründungen aus Hochschulen zu fördern. Unternehmensgründungen müssen vereinfacht,
113 der Übergang geistigen Eigentums von wissenschaftlichen Einrichtungen in die Wirtschaft
114 standardisiert und beschleunigt werden. Die Verletzung geistigen Eigentums muss schneller und
115 konsequenter geahndet werden. Auch dies muss eine Unternehmensteuerreform
116 berücksichtigen.

117

118 Insgesamt bedarf es einer deutlich umfangreicheren Mobilisierung von privatem Kapital.
119 Ehrgeiziges Ziel muss es sein, die Wagniskapital-Investitionen in Deutschland in den nächsten
120 zwei Wahlperioden zu verdreifachen bzw. auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern.
121 Zusätzlich müssen Exit-Kanäle für erfolgreiche Gründungen gestärkt und vereinfacht werden,
122 um mehr Tech-Börsengänge und Verkäufe zu fördern. Neben der Bündelung von Handelsplätzen
123 in Europa soll auch die Herabsetzung des Nominalwerts von Aktien auf 0,01 Euro ermöglicht
124 werden. Neben professionellen institutionellen Investoren sollten auch
125 Investitionsmöglichkeiten für Privatanleger vereinfacht werden.

126

Erklärung wirtschaftspolitische Sprechertagung Hamburg

Beschlossen auf der wirtschaftspolitischen Sprechertagung am 13./14. Oktober 2024 in Hamburg

127 Ein weiteres bedeutsames Thema für Startups ist die stärkere Beteiligung an öffentlichen
128 Aufträgen, gerade auch für den Mittelstand. Vor allem der große Rückstand Deutschlands bei der
129 Digitalisierung muss Anlass sein, kleine Unternehmen und Startups einzubinden – mit dem Ziel,
130 die Digitalisierung schneller umzusetzen und mehr Wertschöpfung durch kluge und innovative
131 Lösungen „Invented in Germany“ zu erreichen.

132

133 Wichtig ist es auch, mehr Frauen die Gründung eines Unternehmens zu ermöglichen. Um den
134 Anteil der Gründerinnen signifikant zu steigern, muss es beispielsweise den Anspruch auf
135 Mutterschaftsgeld für selbstständige Unternehmerinnen geben. Außerdem muss das Elterngeld
136 für diese Berufsgruppe flexibilisiert und die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten erhöht
137 werden. Verfügbare, zeitlich stabile Betreuungsangebote gehören zur Grundausstattung eines
138 guten Wirtschaftsstandorts.

139

Mehr Mittelstand und Pragmatismus, weniger Staatskapitalismus

141 Wir bekennen uns aus voller Überzeugung zur Sozialen Marktwirtschaft. Ludwig Erhards
142 Wirtschaftspolitik der Sozialen Marktwirtschaft stellt den Menschen in den Mittelpunkt, indem
143 sie wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Verantwortung vereint und so Wohlstand für alle
144 ermöglicht, ohne den sozialen Ausgleich zu vernachlässigen – das ist unsere Maxime. Danach ist
145 es Aufgabe des Staates, den grundlegenden Rahmen für den Markt und die Unternehmen zu
146 setzen. An keinem Beispiel wird das so deutlich wie bei der für die Bevölkerung und die
147 Wirtschaftsverkehre so wichtigen öffentlichen Infrastruktur. Dass beispielsweise die Sanierung
148 der rund 8.000 in schlechtem Zustand befindlichen deutschen Brücken 40 Jahre dauern soll, ist
149 inakzeptabel. Neben dem Erhalt muss unbedingt auch der Ausbau der Infrastruktur
150 vorangetrieben werden. Eine gute Verkehrsinfrastruktur vermeidet Umwege und Staus und
151 entlastet Unternehmen wie Bürgerinnen und Bürger.

152

153 Um ein weiteres Abfließen von Investitionen aus Deutschland zu verhindern, müssen Innovation
154 und Wertschöpfung gefördert und dürfen nicht durch eine Bürokratielawine erstickt werden.
155 Ideologischen Vorhaben setzen wir Technologieoffenheit entgegen, einen politisch verordneten
156 Mindestlohn von 15 Euro lehnen wir klar ab. Wir brauchen mehr Vertrauen in die Kräfte des
157 Marktes, den wir dazu über Anreize stimulieren wollen, und in die Innovationskraft gerade auch
158 des deutschen Mittelstands; dazu mehr Freiheit und kraftvolle Unterstützung von Gründerinnen
159 und Gründern.